



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/160 - 17. Juli 1957

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 84831-83

Fernschreiber 0866890

Wer verschuldet Deutschlands Untergang?	S. 1
Verzögernde Momente in London	S. 3
Kinderferien hüben und drüben	S. 4
Fritz Heine: BDI soll Auskunft über dunkle Rüstungsgeschäfte geben	S. 6
Heinemanns politische Entscheidung und ihr Echo in kirchlichen Raum	S. 7

Wer verschuldet Deutschlands Untergang?

Wilhelm Mellies, MdB

Stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der Bundeskanzler bemüht sich, seine verheerenden Nürnberger Ausführungen zu interpretieren. Allerdings wird er bei objektiver Prüfung feststellen müssen, dass er damit die Situation für sich und seine Partei nur noch verschlechtert. Schliesslich sind die letzten fünfzig Jahre der deutschen Geschichte noch in lebendiger Erinnerung. Jeder weiss, dass Deutschland schwersten Schaden gelitten hat, wenn die militärischen Pläne und Vorstellungen die politischen Entscheidungen beherrschten.

Als der letzte deutsche Kaiser in einer Ansprache an deutsche Soldaten einmal ausrief: "Völker Europas, wahrt Eure heiligsten Güter!", sah er das sicher als seine Aufgabe an. Er glaubte dieser Aufgabe durch eine möglichst starke Rüstung gerecht werden zu können. Damit schuf er in Europa viel Gegnerschaft gegen Deutschland. Durch das Flottenbauprogramm wurde vor allen Dingen die Abneigung Englands gegen Deutschland immer grösser.

Durch diese kaiserliche Politik "schlidderten" wir - wie man es später nannte - in den ersten Weltkrieg hinein. Am Ende dieses Weltkrieges hatte Deutschland eine schwere Niederlage erlitten; aber auch Europa hatte Ansehen und Einfluss in der ganzen Welt in erheblichem Masse eingebüsst. Nicht Sozialdemokraten, die schon vor 1914 auf die grossen Gefahren eines Krieges für Deutschland hinwiesen, waren die Ursache für diese -2-

Entwicklung, sondern die Politik der kaiserlichen Regierung.

Nach dem Zusammenbruch 1918 tat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands alles, um die Einheit des Reiches zu wahren. Sozialdemokratische Arbeiter und Gewerkschaftler waren es, die damals die Separatisten aus den Rathäusern im Rheinland herausholten und somit dem Spuk der Abtrennung des Rheinlandes ein Ende machten. Manche von ihnen, die heute die sozialdemokratische Politik schmähen, haben damals die Separatisten begünstigt oder doch mindestens keinen Widerstand gegen sie geltend gemacht.

Hitlers Regierung war vom ersten Tage an auf den Krieg gerichtet. Seine Politik wurde nur von militärischen Überlegungen getragen. Er verkündete es als die ihm von der Vorsehung übertragene Aufgabe, den Kommunismus und Marxismus "auszurotten". Als Folge dieser Politik steht heute der Kommunismus an der Elbe, an der Werra und im Thüringer Wald, ist Deutschland geteilt, ist Ansehen und Einfluss Europas in der ganzen Welt noch weiter zurückgegangen.

Bei der Beratung der Grundgesetzänderung und des Atomgesetzes im Bundestag zeigte sich wieder mit erschreckender Deutlichkeit, wie stark heute die militärischen Überlegungen politische Entscheidungen überschatten und beeinflussen. Durch die Errichtung von Atombasen in beiden Teilen Deutschlands, besteht die Gefahr, dass im dritten Weltkrieg durch das Bestreben von Ost und West, diese Atombasen auf deutschem Boden möglichst schnell zu vernichten, Deutschland innerhalb weniger Stunden nur noch ein Trümmerhaufen ist und damit wirklich der Untergang Deutschlands gekommen ist.

Verzicht auf die atomare Ausrüstung der Bundeswehr, Schaffung eines atomfreien Raumes in Europa, solche Vorschläge der Bundesregierung würden zu einer wesentlichen Entspannung führen und damit die Verhandlungen auf der Abrüstungskonferenz in London erleichtern. Der von der Regierung der Vereinigten Staaten erstattete Bericht über die Auswirkungen eines Atomangriffs auf Amerika zeigt, dass das Schicksal Europas noch viel furchtbarer sein würde, weil hier auf europäischen und auf deutschem Boden beide Seiten sofort alle Atomwaffen einsetzen würden.

Die durch die Atomwaffen geschaffene neue Situation in der Welt ist mit den alten politischen Mitteln der militärischen Aufrüstung und Einschüchterung nicht mehr zu meistern. Hat schon in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts der Einsatz der Waffen Deutschland und Europa schwer geschlagen, so würde im dritten Weltkrieg das Schicksal Deutschlands und Europas völlig besiegelt werden.

Nicht militärische Pläne und Vorstellungen, nicht atomare Aufrüstung können uns Sicherheit für die Zukunft gewähren. Nur der feste Wille, alles zu tun, um zur Entspannung und Abrüstung zu kommen, wird uns Sicherheit für die Zukunft geben.

17. Juli 1957

Die grosse Frage: Inspektionszone?

E. B., z. Zt. London

Es besteht kaum noch ein Zweifel darüber, dass die Londoner Abrüstungsverhandlungen in Kürze in ihr entscheidendes Stadium treten dürften. Nachdem man Pläne für die Einschränkung der Atomwaffenversuche und der Atomwaffenproduktion bekanntgegeben sowie die Vorschläge für die Vergrößerung der Rüstungen und konventionellen Streitkräfte ausgetauscht hat, konzentriert sich jetzt die ganze Aufmerksamkeit auf die von russischer und amerikanischer Seite angestellten Überlegungen für die Einrichtung von sogenannten Überwachungs- und Inspektionszonen.

In amerikanischen Konferenzkreisen wurde angedeutet, die USA wollten zunächst ihre europäischen Verbündeten konsultieren, da sowohl östliche wie auch westliche Vorschläge für Inspektionszonen praktisch alle europäischen Staaten betreffen und "erhebliche Auswirkungen" für die Politik dieser Länder haben würden. Die ursprüngliche Vermutung, die Verzögerung bei der Offenlegung der Pläne sei durch die personellen Veränderungen im politischen Führungsgremium der Sowjetunion entstanden, hat man inzwischen fallen lassen, nachdem der Minister Dulles selbst erklärt hat, der Wechsel in Moskau lasse weder eine Änderung der amerikanischen noch der russischen Aussenpolitik erwarten. Demzufolge scheint die erste Begründung für die Verzögerung zutreffender zu sein.

In Kreisen von Konferenzteilnehmern hält sich hartnäckig das Gerücht, dass besonders die Regierung der Bundesrepublik und die französische Regierung die weiteren Verhandlungen über einzurichtende Inspektionszonen hemmend beeinflussen. Die englische Regierung soll sich mit den ihr bereits bekannten Plänen der Amerikaner einverstanden erklärt haben. Dass Frankreich die Absicht hat, die "Vierte Atommacht" zu werden und aus diesem Grunde den Plänen zur Errichtung einer Inspektionszone in Europa skeptisch gegenübersteht, ist seit langem bekannt. Die Haltung der Bundesrepublik scheint von dem Bestreben des Bundeskanzlers und seines Verteidigungsministers bestimmt zu sein, das Gebiet der Bundesrepublik für die Stationierung von Atomwaffen bereitzustellen und bestimmte Vorbereitungen für die atomare Ausrüstung der Bundeswehr treffen zu wollen. Solange diese Fragen nicht geklärt sind - man spricht von Verhandlungen zwischen Bonn und Washington - ergeben sich für den Fortlauf der Londoner Abrüstungsverhandlungen ausser den bekannten russischen Vorbehalten und Hemmungen auch auf westlicher Seite verzögernde Momente.

Auch ein innerdeutsches Problem

KJ. Nicht nur Studenten und Oberschüler aus Mitteldeutschland sollen künftig nicht mehr in die Bundesrepublik zu Ferienaufenthalten reisen dürfen - auch die Kinder werden nicht mehr über die Elbe gelassen. Pankow scheint entschlossen, sein Reiseverbot immer weiter auszudehnen. Grund genug zu dieser Annahme ist die Verhaftung von drei Mitarbeitern des Evangelischen Hilfswerkes in der Zone durch den Staatssicherheitsdienst. Wie man im SED-Zentralorgan "Neues Deutschland" liest, hätten die drei Verhafteten "ungesetzliche Vereinbarungen über die Verschleppung von Kindern und Jugendlichen aus der DDR" mit ihren westdeutschen Vertretern getroffen.

"Verschleppung von Kindern" - das hört sich schrecklich an. In Wirklichkeit geht es Pankow darum, mitteldeutsche Kinder nicht von westdeutschen Organisationen, auch nicht von der evangelischen Kirche, zu Ferienbesuchen einladen zu lassen. Nach sowjetzonaler Lesart haben die Vertreter des Evangelischen Hilfswerkes "Deckadressen für fingierte Verwandte" angegeben und damit eine strafbare Handlung begangen. Aber wenn es wirklich so ist: gibt es eine andere Möglichkeit, mitteldeutschen Kindern, die im Westen keine Verwandten haben, zu einem Ferienaufenthalt zu verhelfen? Ist es ein "Verbrechen", wenn sich deutsche Kinder am Bodensee oder in der Lüneburger Heide erholen?

Währenddessen rollt ein Zug westdeutscher Ferienkinder nach der anderen in die Pionierlager der Zone - nicht zu Verwandten. Die Ferienaktion für westdeutsche Kinder ist drüben sogar gesetzlich verankert. Am 11. März 1957 las man es im sowjetzonalen Gesetzblatt: der Ferienaufenthalt trage zur "sozialistischen Erziehung" bei. Zugleich wurde ein "Soll" von 60 000 westdeutschen Ferienkindern verordnet. Es ist wie immer, nur dass Pankow von Jahr zu Jahr aktiver in der Werbung wird. 1954 waren es 18 000, 1955 schon 30 000 Kinder, die man nach drüben holte. In den Pionierlagern wurden sie so erfolgreich "ideologisch" bearbeitet, dass viele danach mit den seltsamsten Vorstellungen über die "beiden Teile" heimkamen, mit FDJ-Büchern um den Hals und SED-Lektüre im Rucksack. Nachweislich stammte nur rund jedes dritte Kind aus einer kommunistischen Familie, und manche Eltern hier zeigten sich fast erstaunt ob der Gehirnwäsche bei ihren Kindern. Dass die westdeutschen Ferienkinder materiell drüben gut betreut werden, ist eine andere Sache. Der

17. Juli 1957

P/XII/160

Propagandazweck ist wichtig genug, rare Lebensmittel in die Lager zu pumpen, währenddessen die Mitteldeutschen entweder stundenlang oder ganz vergeblich danach vor den HO-Geschäften anstehen. In vielen Betrieben wird ein Prozent der Lohnsumme für die Ferienaktion einbehalten. Der mitteldeutsche Steuerzahler muss also höchstpersönlich die kommunistische Infiltration der westdeutschen Kinder bezahlen. Seine eigenen Füße gegen davor er nicht nach Westen reisen lassen, obwohl die Feriengäste hier nicht politisch "geschult" werden.

Nach der Sprachregelung der zonalen "Nationalen Front" ist die Bundesrepublik eine "Räuberhöhle", und man muss "öffentliche Verbotschilder aufstellen", damit die Jugendlichen nicht von den "Imperialisten" gefressen werden. Das gilt jetzt vom Studenten bis herunter zum Sechsjährigen. Soll die Bundesrepublik jetzt, nachdem die Kinderverschickung von Ost nach West sogar von Pankow zum Verbrechen deklariert worden ist, mit entsprechenden Gegenmassnahmen antworten? Natürlich nicht denn das widerspräche allen Grundsätzen der Freizügigkeit und dem Wunsch nach engerer Verbindung mit den Menschen hüten und drüben. Das aber sollte bedacht werden: viele Eltern würden ihre Kinder nicht in die Zone schicken, wenn in Westdeutschland eine ausreichende Zahl an Ferienplätzen zur Verfügung stände. Das ist nicht der Fall. Auch andere Umstände werden von den kommunistischen Ferienkinder-Werbern erfolgreich ausgenutzt: die allgemeine Kritik der Eltern an leidigen Schichtunterricht, bedingt durch den mangelnden Schulneubau, die Forderung nach mehr Spiel- und Sportplätzen, der unerfüllte Anspruch auf Kindergeld vom ersten Kinde ab und manches andere.

Westdeutsche Kinder in die Zone? Ja, aber nicht darum, weil es eben keinen kostenlosen oder billigen Ferienplatz in der Bundesrepublik gibt, weil unberittene Eltern einfach keinen anderen Ausweg sehen. Den Peitsch- und-Zuckerbrot-Methoden Pankows begegnet man am erfolgreichsten durch eine weiter verbesserte Ferienbetreuung der Kinder im eigenen Hause. Und die Einladungen mitteldeutscher Kinder dürfen erst recht nicht aufhören. Nur über das Wie wird man sich angesichts der Pankower Störmanöver neue Gedanken machen müssen. Aufgerufen sind aber auch alle, die Verwandte und Bekannte drüben haben. Sie können durch ihre Bereitschaft, ein Ferienkind aufzunehmen, die Organisationen in ihrer schwierigen Arbeit entlasten. Wird diese innerdeutsche Aufgabe nicht gelöst, dann werden unsere Kinder leiden müssen - hüten und drüben.

* * *

17. Juli 1957

Das Wort hat Herr Berg!

Der Pressechef der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Fritz Heine, hat an den Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Herrn Fritz Berg, nachstehendes Schreiben gerichtet:

"Sehr geehrter Herr Berg!

Anfang Juni dieses Jahres stellten wir an Sie und den Bundesverband der Deutschen Industrie, veranlasst durch die aus Geschäftemacherei einiger Unternehmer entstandenen Skandale bei Rüstungsaufträgen, einige Fragen, die die deutschen Steuerzahler sehr interessieren. Diese Fragen sind von Informationsdiensten und einer Reihe von Tageszeitungen veröffentlicht worden. Sie allerdings haben bisher geschwiegen.

Die Unruhe im deutschen Volk ist jedoch zu gross und zu berechtigt, um eine Beantwortung dieser Fragen etwa auf die Zeit nach der Wahlen zu verschieben. Wir möchten deshalb erneut und auf diesem Wege und in aller Öffentlichkeit die Frage an Sie richten, ob Sie, bzw. der Bundesverband der Deutschen Industrie Massnahmen getroffen oder geplant haben, um den die Öffentlichkeit beunruhigenden Korruptionsskandal bei Rüstungsaufträgen entgegenzuwirken.

Insbesondere bitten wir Sie um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Sind bisher solche Geschäftemacher aus dem BDI ausgeschlossen worden?
2. Bestehen im Bundesverband Ehrenordnungsgremien, die solche Vorfälle überprüfen und berechtigt sind, entsprechende Massnahmen anzuregen oder zu beschliessen?
3. Liegen dem Bundesverband aufgrund von Untersuchungen Ergebnisse vor, und welche Firmen und Personen waren in diese Skandale verwickelt?

Wir dürfen erwarten, dass Sie uns und der deutschen Öffentlichkeit Antwort auf diese Fragen geben.

Hochachtungsvoll

Fritz Heine "

* * *

- 7 -

Grundsatzfragen politischer Arbeit

Von Johannes Rau

Als sich vor einigen Monaten die Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP) auflöste, als sich die meisten ihrer Freunde zur aktiven Unterstützung der Sozialdemokratie entschlossen, hat niemand mit einer so gründlichen und manchmal harten Diskussion über Grundsatzfragen politischer Arbeit gerechnet. Die der SPD beigetretenen Mitglieder der GVP, an ihrer Spitze Dr. Heinemann von der evangelischen, Frau Helene Wessel von der katholischen Seite, wollten unter anderem sicher durch eine sehr klare Tat ihren Protest gegen den Missbrauch des Begriffes "christlich" durch die CDU zum Ausdruck bringen. Aber mit einer so starken Resonanz etwa in der evangelischen Presse hatten weder sie noch ihre politischen Gegner gerechnet.

Gewiss liegen die Dinge nicht so, dass etwa durch eine zufällig epidemiehaft gewordenen Laune kirchlicher Publizisten dies Thema des "Christlichen" in der Politik nun auf dem Tische bliebe. Vielmehr hat man den Eindruck, als sei die Zeit einfach reif zur Klärung solcher Fragen, die weit in die theologische Diskussion und zugleich weit in die politische Praxis hineinreichen. Die These, das Adjektiv "christlich" sei für eine Partei nicht möglich, stammt nicht von Dr. Heinemann, der sie augenblicklich sehr stark vertritt, Sie stammt überhaupt nicht aus einem politischen Lager. Die Weltkirchenkonferenz in Amsterdam hat die Unsinnigkeit eines solchen Adjektivs genau so ausgesprochen wie einige Theologen von Rang. Dass Kühneth und Thieliicke Parteigänger Heinemanns wären, hat noch nie jemand vermutet.

Die Reden des Bundeskanzlers, das für die evangelischen Kreise in der CDU gefährliche und entsprechend abwehrend aufgenommene Votum des Bischofs Keller gegen die Sozialdemokratie haben den Prozess der Diskussion beschleunigt. Die Kirchliche Bruderschaft in Württemberg hat die evangelischen Christen aufgefordert, die CDU so lange nicht zu wählen, wie sie den Namen Christi politisch missbrauche. Weniger scharf, aber ebenso deutlich haben sich die Bruderschaften von Rheinland, Westfalen, Nordwestdeutschland und der Pfalz geäußert. Nun sind diese Bruderschaft nicht "die Kirche", aber immerhin hat sich ein CDU-Kreis in Württemberg hilfeheischend an die Kirchenleitung gewandt. Statt theologischer Argumente ein Hilferuf!

Mit besonderer Schärfe wendet sich das "Informationsblatt für die Niederdeutschen lutherischen Gemeinden" gegen Dr. Heinemann und seinen Weg. Aber gerade dies Blatt muss sich eine sehr gründliche Korrektur vom Schweizerischen Evangelischen Pressedienst gefallen lassen. Eine

Korrektur, die bei aller bedächtigen Formulierung doch genau die Stellen aufzeigt, an denen der nicht genannte Schreiber des Informationsblatt-Artikels die Argumente durcheinanderwirft, sich missverständlich ausdrückt und die These von der Unrichtigkeit der Heinemannschen Konzeption mit ihrer Erfolglosigkeit (ein nicht nur theologischer Unsinn!) belegen möchte.

Die Diskussion hat aktuelle Anlässe. Da ist die Kasseler Rede des ehemaligen nordrhein-westfälischen Ministers Dr. Otto Schmidt, der augenscheinlich den Mangel in der CDU nach wirklich profilierten evangelischen Männern verdecken oder mitheben soll, der sich bei der Tagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU zum Begriff des Christlichen in seiner Partei und zum Weg Heinemanns so intensiv und zugleich so wenig sicher äusserte, dass er den Gegnern manches Argument lieferte. Seine Missstimmung über Bischof Kellers Rede liess ihn vermuten, die SPD könne die CDU als katholische Partei anbieten und sich selbst dann als die legitime Vertreterin evangelischer Belange. Hier irrt Schmidt, dessen Rede allerdings nach den vorliegenden Berichten das stärkste und beste war, was die nicht sehr erfolgreiche Kasseler Tagung gebracht hat. Gerade das ist das Anliegen derer, die mit Heinemann in die SPD gingen: es geht nicht darum, nun die Sozialdemokratie weltanschaulich zu verfälschen so, wie die CDU verfälscht ist. Es geht um die Verdeutlichung der Tatsache, dass gerade der Christ wählen kann zwischen den politischen Wegen, die die Demokratie anbietet. Dass die Sozialdemokratie längst kein geschlossener marxistischer Block mehr ist, vor dem fromme Leute sich schütteln müssen und den sie als Kinderschreck missbrauchen können. Dies scheint in der Diskussion, die sich in der gesamten kirchlichen Presse abspielt und die schon in die Tageszeitungen eindringt, klar zu werden. Die Leserbriefe gerade an die Tageszeitungen verraten, dass noch vieles zu tun übrig bleibt, bis der Mehrheit der an den christlichen Glauben gebundenen Menschen dies eingesehen hat. Aber die Ernsthaftigkeit der Fragen lässt auch darauf schliessen, dass es sich bei den Auseinandersetzungen nicht um Wahlmanöver handelt. Das würde sich für keine der beteiligten Gruppen auszahlen!

Für den katholischen Wähler mögen die Dinge scheinbar schwieriger sein. Aber auch hier fehlt es nicht am Gespräch. Auch hier wird sich auf die Dauer nicht verbergen lassen, dass die konservierenden und

konservativen Kräfte nicht die einzigen geistigen Temperamente in der Kirche sind und dass die deutschen Gläubigen sich nicht allein innerhalb ihrer weltweiten Kirche finden, wenn sie den Anschluss an eine Partei aufgeben und das Gespräch zwischen politischen Verantwortlichen und kirchlichen Gebundenen auf eine Basis stellen, auf der die soziale Komponente des Evangeliums stärker als bisher zu Wort kommt. Nichts spricht dafür, dass die deutschen Katholiken einen langsameren Weg in diese freie Luft der Auseinandersetzungen gehen müssten als etwa die französischen.

Was weder die Weltkirchenkonferenz noch bedeutende Theologen noch die aktive GVP erreichten, das ist durch den Weg Heinemanns und seiner Freunde in die SPD erreicht worden in einem Maße, das Erstaunen und Freude weckt. Die Diskussion darüber, ob eine Partei das Recht und den moralischen Anspruch darauf hat, sich "christlich" zu nennen, ist nicht mehr von der Tagesordnung abzusetzen. Ob das Gegenseinander der Meinungen sachlich bleibt, ist eine Frage aller Beteiligten. Verschweigen kann man die Fragestellungen und die Antworten nicht, so lange das "C" in der Firma bleibt, die ein handfestes aussen- und innenpolitisches Programm verkaufen will, von dem nicht einzussehen ist, dass es das einzige sein soll, das der Christ "wählen" kann. Auch dann nicht, wenn sich ein Kartell bildet, in dem das welfisch-deutsche und das separatistisch-koffmische als umsatzsteigernde Nebenartikel für speziell interessierte Kunden zur Verfügung stehen.

Es bleiben eine Menge Fragen, aber sie bleiben wirklich, bis sie auch von der CDU mutig angefasst und so geklärt werden, dass der theologische Unsinn und der politische Missbrauch des Parteinamens "CDU" aufhören.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel